

## Substanzielles Protokoll 42. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 4. Februar 2015, 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Martin Götzl (SVP), Peter Küng (SP), Christina Schiller (AL), Elisabeth Schoch (FDP), Christian Traber (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |     |                          |  |     |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1.  |                          | Mitteilungen   |     |
| 2.  | <a href="#">2015/20</a>  | *<br>E Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 21.01.2015:<br>Passantenstopper bei Läden in Seitengassen von Kernzonen, Anpassung der Bewilligungskriterien  | PV  |
| 3.  | <a href="#">2014/303</a> | Weisung vom 01.10.2014:<br>Rechnung 2014, Trimesterbericht II/2014 zu den Globalbudgets  | STR |
| 4.  | <a href="#">2010/442</a> | Weisung vom 27.10.2010:<br>Anpassung der Aufgabenzuordnung der Departemente sowie von Bestimmungen des Abschnitts Schule und Schulbehörden, Umbenennung eines Departementes; Streichung einer Kompetenzbestimmung Gemeinderat, Änderung der Gemeindeordnung  | FV  |
| 14. | <a href="#">2014/243</a> | Interpellation von Christine Seidler (SP) und Linda Bär (SP) vom 09.07.2014:<br>Zentrumslasten der Stadt, Hintergründe zur finanziellen und strukturellen Benachteiligung sowie Möglichkeiten zur besseren Einflussnahme auf kantonaler und nationaler Ebene | STP |

\* Keine materielle Behandlung

### Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

## G e s c h ä f t e

**701. 2015/20**  
**Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 21.01.2015:**  
**Passantenstopper bei Läden in Seitengassen von Kernzonen, Anpassung der**  
**Bewilligungskriterien**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Roger Tognella (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**702. 2014/303**  
**Weisung vom 01.10.2014:**  
**Rechnung 2014, Trimesterbericht II/2014 zu den Globalbudgets**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Trimesterberichte per 31. August 2014 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Jahr 2014 werden mit den Trimesterberichten per 31. August 2014 gemäss der vorstehenden Zusammenstellung unter Ziff. 4 folgende Globalbudget-Ergänzungen (die dringliche: nachträglich) genehmigt:

a) Dringliche Globalbudget-Ergänzungen	Fr. 400 000.–
b) Ordentliche Globalbudget-Ergänzungen	Fr. 16 483 334.–
Total	Fr. 16 883 334.–

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 1:

**Rebekka Wyler (SP):** Heute gibt es verschiedene Anträge zu diesem Trimesterbericht II/2014 zu den Globalbudgets der verschiedenen Abteilungen. Zunächst möchte ich die Weisung vorstellen. Im Museum Rietberg kam es zu einem leichten Rückgang der Besucherinnen- und Besucherzahlen. Wir rechnen jedoch mit einem Abschluss, der sich im Rahmen des Voranschlags befindet. Beim Steueramt erwarten wir inzwischen, dass der Abschluss rund Fr. 800 000.– unter dem Budget liegen wird. Bei den Pflegezentren gibt es ein bisschen weniger Pflageetage als budgetiert, es wird jedoch ein Ergebnis im Rahmen des Budgets erwartet. Bei den Alterszentren wird der Nettoaufwand um etwa Fr. 3 000 000.– überschritten, da die Auslastung geringer ist und die neue Pflegefinanzierung erste Folgen zeigt. Im Stadtspital Waid wird der budgetierte Nettoaufwand voraussichtlich unterschritten. 2014 entschied der Stadtrat, dass das Bettenhochhaus am Triemlispiital nicht komplett renoviert, sondern nur instand gehalten werden soll. Dies führt dazu, dass die Projektkosten bis zum Jahresabschluss 2014 bereinigt werden müssen. Es wird Abschreibungen in Höhe von etwa Fr. 14 000 000.– geben. Dazu wird

eine Ergänzung des Globalbudgets beantragt. Geomatik + Vermessung liegen ein bisschen unter dem Budget, Grün Stadt Zürich liegt aufgrund tieferem Personalaufwand und Stellen, die nicht besetzt werden konnten, etwa Fr. 1 300 000.– unter dem Budget. Beim ewz gibt es höhere Umsätze. Die budgetierte Gewinnablieferung des ewz an die Stadtkasse von Fr. 23 200 000.– kann voraussichtlich leicht übertroffen werden. Beim Sportamt gibt es eine erwartete Budgetüberschreitung von etwa Fr. 2 700 000.–. Dies hat damit zu tun, dass die Defizitgarantie der Stadt für die Leichtathletik-Europameisterschaften 2014 bereits 2014 in Anspruch genommen wird. Die Abrechnung ist bereits letztes Jahr erfolgt. Dafür gibt es eine Ergänzung des Globalbudgets in der Höhe von Fr. 2 500 000.–. Zusätzlich wurden dringliche Mittel beantragt, um den drohenden Konkurs der Leichtathletik-Europameisterschaft abzuwenden. Der Bericht der RPK wurde Ihnen zugestellt. Wir haben diese Angelegenheit ausführlich diskutiert. Eine dringliche Ergänzung des Globalbudgets in Höhe von Fr. 400 000.– ist budgetiert. Die Diskussion erfolgt später. Die Mehrheit beantragt, den Trimesterbericht II/2014 zur Kenntnis zu nehmen, den Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1 abzulehnen und den bereinigten Dispositivziffern 1 und 2 zuzustimmen.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 1:

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Minderheit nimmt den Trimesterbericht ablehnend zur Kenntnis. Es sind erneut Zusatzwünsche und zusätzliche Kosten enthalten. Im Trimesterbericht findet sich kaum eine Passage, in der der Wille zur Kostensenkung und Reduzierung der Ausgaben klar zum Ausdruck kommt. Es gibt einzelne Anmerkungen, denen zufolge das Budget unterschritten werden konnte. Leider führt dies nicht zu echten und substanziellen Einsparungen. Es geht oft nur um Erklärungen, weshalb mehr Geld und mehr Personal benötigt werden. Die Minderheit vermisst, dass aus dem Trimesterbericht nicht ersichtlich wird, wie der Stadtrat seine eigenen angekündigten Sparmassnahmen umsetzen möchte. Es kommt nicht zur Sprache, in welchen Bereichen die Ausgaben konkret gesenkt werden könnten. Beim Sportamt handelt es sich um die dringliche Budgetergänzung von Fr. 400 000.– bei der Sportförderung und eine ordentliche Ergänzung von Fr. 2 400 000.–. Im Triemlispiital wird eine Ergänzung des Budgets im Bereich der stationären Versorgung in der Höhe von Fr. 10 400 000.– und im Bereich der ambulanten Versorgung Fr. 3 600 000.– beantragt. Die Minderheit verlangt, dass die Ausgaben der Stadt und Verwaltung sinken. Dies muss auch in den Trimesterberichten zum Ausdruck kommen. Die genannten Ergänzungen des Globalbudgets kann die Minderheit nicht akzeptieren und lehnt den Bericht deshalb ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Die Präsidentin der RPK hat die Weisung nüchtern vorgestellt. Wir haben lange über die Art und Weise der Globalbudget-Ergänzungen diskutiert. Wir finden es stossend, dass plötzlich bei den Globalbudgets, die geschaffen wurden, um eine gewisse unternehmerische Freiheit zu erhalten und um die Budgets mit mehr Spielraum gestalten zu können, Zusatzkredite oder Globalbudget-Ergänzungen aufkommen. Wir sind der Ansicht, dass es nicht Sinn dieser Globalbudgets ist. Ansonsten könnte irgendwas als Budget beantragt und später wieder Geld verlangt werden. Anderswo kann dies auch nicht so gehandhabt werden. Man muss sich überlegen, wozu die Globalbudgets gebraucht werden. Wir werden nicht akzeptieren, dass, sobald das Geld nicht mehr reicht, gesagt wird, dass den Ergänzungen zugestimmt werden muss, weil das Geld bereits ausgegeben wurde. Es ist nicht tragbar, dass erst diskutiert wird, nachdem das Geld ausgegeben wurde. Das Globalbudget darf nicht jedes Mal überschritten werden. So geht das nicht. Dies betrifft insbesondere die Stadträtin Claudia Nielsen. Wir kritisieren diese Haltung und diese finanzpolitische Unverantwortung.

**Walter Angst (AL):** Wenn dem Stadtrat mit der ablehnenden Kenntnisnahme des Trimesterberichts II/2014 die Decharge nicht erteilt werden soll, dann ist das korrekt. Wenn aber Stadträtin Claudia Nielsen vorgeworfen wird, dass sie das Budget überschritten habe, dann ist dies falsch. Claudia Nielsen hat durch den Beschluss, die Sanierung des Bettenhauses nicht durchzuführen, Geld gespart. Es ist nicht ihre Schuld, dass Fr. 10 000 000.– an Planungskosten abgeschrieben werden müssen.

**Rebekka Wyler (SP):** Bei der Sanierung des Bettenhauses im Triemlispiital wurde, wie Walter Angst (AL) bereits sagte, weniger und nicht mehr ausgegeben. Ich habe bei der Vorstellung des Trimesterberichts II/2014 gesagt, dass ungefähr die Hälfte des Globalbudgets unter dem Budget abschliesst. Dies sollte auch gewürdigt werden. Einzelne Stellen wurden beispielsweise nicht besetzt, wodurch Geld eingespart wurde. Ein grosser Teil dieser Ergänzungen sind vorgezogene Ausgaben. Diese werden somit nicht 2015, sondern 2014 ausgegeben. Die Rechnung der Leichtathletik-Europameisterschaft wurde bereits 2014 fertiggestellt und bezahlt. Es handelt sich um eine reine Verschiebung, es sind keine widerrechtlichen Ausgaben, lediglich der Zeitpunkt der Auszahlung ist ein anderer.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Claudia Nielsen:** Wenn die Zukunft eines Stadtsitals mit allen baulichen Investitionen angeschaut wird, muss mehr als ein Jahr betrachtet werden. Der Referent der RPK weiss dies.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Trimesterberichte per 31. August 2014 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 41 Stimmen zu.

Änderungsanträge zu Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt, die Anträge zu den Globalbudget-Ergänzungen der Trimesterberichte II/2014 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen zu genehmigen:

2. a) Dringliche Globalbudget-Ergänzungen

Antrag 1)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit der RPK lehnt den dringlichen Zusatzkredit in der Produktgruppe II im Sportamt in Höhe von Fr. 400 000.– ab. Es wurde bereits viel zur Leichtathletik-EM gesagt. Ich möchte auf den Bericht der RPK vom 27. Oktober 2014 zuhanden des Gemeinderats verweisen. Dort wird auf die Frage der Dringlichkeit eingegangen. Die RPK kommt zum Schluss, dass die Voraussetzungen für eine dringliche Krediterhöhung in diesem speziellen Fall nicht gegeben sind. Es ist deshalb erstaunlich, dass wir keinen einstimmigen Entscheid bei der Ablehnung dieses Kredits erreichen. Andere involvierte Organisationen, so beispielsweise der Bund, haben gezeigt, dass die Frage nach der Dringlichkeit auch anders bewertet werden kann. Der Stadtrat hat schlecht budgetiert und kommuniziert. Roger Liebi (SVP) hat gesagt, dass eine Ablehnung keine Änderung mehr bewirken kann, weil das Geld bereits ausgegeben ist. Es geht um ein politisches Zeichen, das die Mehrheit der RPK setzen möchte.

**Andrea Nüssli (SP):** Auch die Minderheit der RPK ist mit der dringlichen Globalbudget-Ergänzung nicht einverstanden. Dennoch stimmen wir dem zu. Das Geld ist bereits ausgegeben. Wenn wir diese Ergänzung ablehnen, handelt es sich um Politkosmetik. Es wird dann in der Rechnung eine Differenzbegründung geben. Wenn wir dieser dringlichen Ergänzung zustimmen, wäre dies beendet. Wir haben viele Fragen gestellt und lange diskutiert. Es ist mir wichtig, zu sagen, dass die Leichtathletik-EM nicht als Defizit in die Geschichte eingehen soll. Es gab viele positive Aspekte, so beispielsweise im sportlichen Bereich. Es gab wunderbare Bilder, die Stadt konnte in die Welt hinausgetragen werden. Mit einer ökologischen, nachhaltigen Durchführung konnte gezeigt werden, dass auch die Organisation eines solchen Events möglich ist. Es gab viele Impulse für die Wirtschaft, Gesellschaft und das Soziale. Die Weiterentwicklung der Leichtathletik in der Schweiz wurde auf eine gute Basis gestellt. Dies betrifft sowohl die Basis, als auch die Elite. Die positiven Aspekte und die nachhaltige Durchführung der Leichtathletik-Europameisterschaft 2014 in Zürich überwiegen die negativen Aspekte.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Diese Anlässe werden immer als sehr positiv gelobt. Es wird gesagt, dass die Europameisterschaft eine weltweite Ausstrahlung besitzt. Es würde mich wundern, wenn jemand in Amerika die Leichtathletik-Europameisterschaft geschaut hätte. Es gab während der Meisterschaft viele gute Aspekte. Andrea Nüssli (SP) meint, die Stadt habe eine weite Ausstrahlung und werde weltweit wahrgenommen. Man kann sich beispielsweise anschauen, wie die Zuschauerzahlen im Fernsehen bei Weltklasse Zürich zurückgehen. Es wurde jahrelang behauptet, wie gross die Ausstrahlung ist und wie viele Millionen Zuschauer der Anlass hat. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Es ist unglaublich, dass die SP angibt, unzufrieden zu sein, der Ergänzung des Globalbudgets aber dennoch zustimmt, weil das Geld bereits ausgegeben ist. Seit 2012 diskutieren wir in der RPK über die Leichtathletik-Europameisterschaft. Wir haben weit über 100 Seiten Fakten- und Datenmaterial. Das Problem an der heutigen Debatte ist, dass viele Aspekte als geheim erklärt wurden. Ich darf nichts über unsere Erkenntnisse aus der RPK sagen. Wäre dies bekannt, würden dem einen oder anderen die Augen aufgehen. Es ist ein Skandal, dass etwas, das von den Steuerzahlern bezahlt wird, unter Geheimhaltung steht. Einige dieser unterzeichneten Verträge sind untragbar. Wir haben viel diskutiert und oft keine Antworten erhalten. Wir bekamen eine Weisung vorgelegt, in der es um Millionen Franken ging, die ausgegeben wurden. Die RPK beharrte darauf, dass zusätzlich dazu die Eigenleistungen aufgeführt werden. Wir haben mehr-

fach Antwort erhalten, ohne dass Zahlen genannt wurden. Wir mussten jedes Mal nochmals nachfragen. Irgendwann wurde gesagt, dass die Eigenleistungen zusätzliche Fr. 3 700 000.– beinhalten. Es wurde plötzlich zwischen gebundenen und ungebundenen Ausgaben unterschieden. Die Stadt ist nicht verantwortungsvoll mit den Geldern umgegangen. Die Leichtathletik-Europameisterschaft hatte gewisse Auswirkungen auf die Leichtathletik der Schweiz, auch wenn nur einige Athleten hochgepuscht wurden. Vielleicht gibt es auf die Junioren einen nachhaltigen Effekt, aber dieser wurde früher bereits für das Weltklasse Zürich Meeting angenommen.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats, die sportliche Qualität des Anlasses zu beurteilen. Der Anlass war sicher gut, jedoch wirtschaftlich kein Erfolg. Wir müssen nun die Schlussrechnungen bezahlen. Das Vorgehen ist nicht zufriedenstellend. Ich war über die Argumentation von Andrea Nüssli (SP) auch erstaunt. Es ist ein schwaches Argument, wenn gesagt wird, dass das Geld bereits ausgegeben ist. In der RPK wird geschaut, ob das Geld korrekt ausgegeben wird.

**Walter Angst (AL):** Es bringt nichts, die Leichtathletik-Europameisterschaft zu verdammen und nicht zu formulieren, wo das konkrete Problem bei diesem Zusatzkredit liegt. Es ist nicht so, dass mit den internen Ausgaben zusätzliche Dinge ins Budget hineingenommen wurden. Es wurde bereits zu Beginn angekündigt und durch die Erhöhung des Kredits wurde finanzrechtlich der korrekte Weg gewählt. Der Ausgangspunkt war klar. Die Stadt wollte für das Worst-Case-Szenario Fr. 3 300 000.– ausgeben und hatte noch Eigenleistungen im Umfang von Fr. 1 700 000.–. Das Problem entstand erst später nach dem Beschluss des Gemeinderats. Das Schul- und Sportdepartement hatte das Geschäft nicht im Griff. Im Budget 2014 wurde ein Antrag gestellt, als ob die Fr. 3 300 000.– noch auf Fr. 5 000 000.– erhöht werden könnten. Den Organisatoren wurde signalisiert, dass mit dem völlig überhöhten Betrag weitergeplant werden könne, da die Stadt im Notfall finanziell in die Bresche springen würde. Diese Praxis muss kritisiert werden. Ich glaube, dies versuchte auch Urs Egger (FDP) auszudrücken. Die Europameisterschaft wäre auch ein Erfolg geworden, wenn mit dieser Worst-Case-Defizitgarantie von Fr. 3 300 000.– gearbeitet worden wäre. Man hätte in einigen Bereichen Abstriche machen müssen, der sportliche, politische und ausstrahlungsbedingte Erfolg wäre nicht geschmälert worden. Es ist mir ein Rätsel, warum das nicht ging. Im Nachhinein wurde dafür gesorgt, dass das erwartete Maximaldefizit verringert werden konnte. Das Ergebnis ist wegen des Managements völlig unbefriedigend. Dies muss sich ändern, andernfalls können keine weiteren Grossveranstaltungen in Zürich durchgeführt werden.

**Alan David Sangines (SP):** Es ist nicht so, dass wir diesem Antrag mit Begeisterung zustimmen. Wir haben nach einer langen Diskussion entschieden, dass eine Zustimmung zur Mehrheit nur kosmetische Folgen haben wird. Wir möchten klarmachen, dass dies kein Blankoscheck an den Stadtrat ist. Wir haben uns beinahe der Mehrheit angeschlossen. Das Vorgehen ist untragbar. Die Kommissionsmitglieder der SK PRD/SSD wurden immer sehr schönfärberisch von den Organisatoren informiert. Es gab kritische Fragen, die immer sehr blumig beantwortet wurden. Es wurde immer nur mit dem Best-Case-Szenario argumentiert. Es wurde ein Worst-Case-Szenario erstellt und dieses wurde übertroffen. Es handelt sich um ein Armutszeugnis der Organisatoren. Im Nachhinein wird es schöngeredet. Es ist problematisch, mit welcher Gleichgültigkeit dies die Organisatoren entgegennehmen. Es wird damit argumentiert, dass die Europameisterschaft einen positiven Beitrag leistete. Wenn gesagt wird, dass die Europameisterschaft eine riesige Ausstrahlung besitzt, dann müssen auch die Medienberichte angesehen werden, die von chaotischen Umständen und überteuerten Tickets berichten. Der Deutsche Leichtathletikbund stellt der Europameisterschaft im Letzigrund ein vernichtendes Zeugnis aus. Die Ausstrahlung war somit nicht so gut, wie behauptet wird. Für die SP

*handelt es sich hierbei um einen kosmetischen Antrag, dem wir deshalb zustimmen. Diese Zustimmung erfolgte sehr knapp.*

**Roger Liebi (SVP):** *Ich kann die Kritik von Walter Angst (AL) begreifen. Ich gehe gerne ins Detail, wenn aber wichtige Dinge geheim gehalten werden sollen, halte ich mich zurück. Nach unserer Meinung wollten nicht nur die privaten Verantwortlichen die Leichtathletik-Europameisterschaft unbedingt durchführen, sondern auch die Stadt. Begründet wurde dies mit der Ausstrahlung und Reputation. Es erstaunt mich besonders, dass eine maximale Defizitgarantie nicht maximal ist. Wenn es um Reputation geht, kann man über die maximale Defizitgarantie hinausgehen. Es ist unglaublich, dass wir Weisungen mit einer maximalen Defizitgarantie erhalten und trotzdem mehr zahlen. Hierfür habe ich kein Verständnis. Es handelt sich in Bezug auf diese Leichtathletik-Europameisterschaft um eine Fehlleistung in allen Bereichen. Dafür muss jemand Verantwortung übernehmen. Für mich ist das klar der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements.*

**Andrea Nüssli (SP):** *Bis im Frühling 2014 wurde uns versichert, dass das Budget eingehalten werden kann. Davon war auch der Stadtrat überzeugt. Das hochkarätige Gremium, das bereits während der Europameisterschaften in Helsinki und Berlin für den Ticketverkauf zuständig war, realisierte nicht, dass in Zürich wegen der zuvor stattgefundenen Fussball-Weltmeisterschaft nicht so viele Tickets verkauft werden können. Dies ist problematisch. Die Ticketverkaufstrategie war nicht vorausschauend.*

**Walter Angst (AL):** *Man kann nicht ernsthaft behaupten, dass die Stadtverwaltung falsch beraten wurde und deshalb in dieses Schlamassel hineingeriet. Die Stadtverwaltung hat immer Signale ausgesendet, dass es durchaus möglich sei, mehr Geld zur Verfügung zu stellen, wenn es nötig werden würde. Es ist verheerend, dass die Stadtverwaltung derartige Signale aussendete. Eine falsche Budgetierung bei den Einnahmen kann passieren, es müssen jedoch Reserven eingeplant werden. Die Stadt sollte nicht hierfür aufkommen müssen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

**STR Gerold Lauber:** *Ich bin bereit diese Verantwortung zu übernehmen. Wir haben uns viel mit der RPK auseinandergesetzt und diskutiert. Es wurde viel geschrieben. Grundsätzlich ging es um die Frage der Dringlichkeit. Die Defizitgarantie betrug 2009 Fr. 3 000 000.–. Daraufhin beteiligte sich der Bund. Wir haben uns auf die Erfahrungen von ähnlichen Anlässen im Ausland verlassen und haben auf diese Weise budgetiert. Wir befanden uns recht lange im grünen Bereich. Im Juli und August zeichnete sich ab, dass nicht wie erwartet 7 000 000 Tickets verkauft werden können. Es war eine sehr hektische Zeit. Ich erhielt einen Anruf, in dem mir mitgeteilt wurde, dass die Ertragsseite eingebrochen ist und wahrscheinlich Konkurs angemeldet werden müsse. Wir haben intensive Diskussionen im Stadtrat geführt. Am 12. August haben wir auch lange und intensiv mit Bund und Kanton und anderen Beteiligten diskutiert. Wir wollten vermeiden, dass wir zwei oder drei Tage vor Beginn der Europameisterschaft mitteilen müssen, bankrott zu sein. Im Ergebnis ist das wirtschaftlich problematisch, aber im Ganzen nicht dramatisch. Es hat nicht nur die öffentliche Hand ausgeholfen, auch Private haben sich beteiligt. Wir hätten keine Weisung in den Gemeinderat bringen können. Dies hätte zu lange gedauert. Die Aktionäre hätten zum Konkursrichter gehen und die Überschuldungsanzeige machen müssen. Deshalb haben wir die Dringlichkeit erklärt. Es wurde auf allen Stufen intensiv zusammengearbeitet und heftig diskutiert. Es wäre gut, wenn nicht nur die negative Seite in den Fokus gerückt würde. In sportlicher Hinsicht war der Anlass ein Erfolg. Es gibt auch positive Medienstimmen. Ich bedaure den wirtschaftlichen Teil, der sportliche Teil war jedoch ein Erfolg.*

S. 13	<b>50 5070 PG 2</b>	<b>Schul- und Sportdepartement Sportamt Sportförderung und Beratung</b>		
<b>1)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	400 000	Minderheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung	0 400 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsi- dent Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 56 Stimmen zu.

## 2. b) Ordentliche Globalbudget-Ergänzungen

### Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Es geht um die Ergänzung des Globalbudgets für das Stadtspital Triemli um Fr. 10 400 000.– (stationäre Versorgung) und Fr. 3 600 000.– (ambulante Versorgung). Stadträtin Claudia Nielsen hat Recht, dass man über ein Jahr hinausdenken muss. Dies ist verständlich und es wurde auch gemacht. Danach wurde von Stadträtin Claudia Nielsen gesagt, dass nichts passiert sei. Selbstverständlich ist etwas passiert. Das 2008 gestartete Projekt, das rund Fr. 216 000 000.– hätte kosten sollen, musste abrupt abgebrochen werden, weil es mit der neuen Spitalfinanzierung nicht mehr funktionierte. Der Kostendruck wurde zu gross. Es ist positiv, dass reagiert wurde. Man kann jedoch auch sagen, dass diese Spitalfinanzierungsvorlage nötig war, damit die Spitäler versuchen, mit den Kosten anders umzugehen. Vorher scheinen die Kosten keine so grosse Rolle gespielt zu haben. Manche geplanten Veränderungen am Bettenhaus wurden plötzlich als betriebsnotwendig betrachtet. Dies wurde als gebundene Ausgaben klassifiziert. Der Rest stellte ungebundene Ausgaben dar und muss nun abgeschrieben werden. Bei Abschreibungen geht das Geld verloren. Immerhin wurde die Notbremse gezogen. Ich habe Verständnis dafür, dass manche Dinge nicht gehen. Dies kann jedoch nicht der richtige Weg sein. Früher wurde scheinbar das Geld weniger sorgfältig ausgegeben.

**Andrea Nüssli (SP):** Das Volk hat entschieden, dass wir einen Neubau für das Triemlispital wollen. Der alte Bau muss saniert werden. Dies ist angesichts des Alters des Gebäudes offensichtlich. Es gibt gebundene Ausgaben. Es wurde entschieden, den alten Turm nicht vollständig zu sanieren. Dieser Entscheid ist richtig. Es gibt Projektkosten für die ganze Sanierung. Ein Teil davon muss nun abgeschrieben werden. Dabei handelt es sich um Fr. 14 000 000.–. Die Wachstumsstrategie im Triemlispital muss den Gegebenheiten angepasst werden. Die Spitalplanung des Triemlispitals besteht seit Jahren, das Volk hat ihr damals zugestimmt. Die Entwicklungen im Gesundheitsbereich werden rasant vollzogen. Wir haben entschieden, uns diesen Entwicklungen anzupassen und nicht den ganzen Ausbau auszuführen.



Weitere Wortmeldungen:

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Claudia Nielsen:** *Roger Liebi (SVP) hat Recht, dass wir Kosten sparen könnten, wenn wir im Voraus alles wüssten. Ich finde es besser, wenn man später schlauer wird, als wenn man nie schlauer würde. Ich bedaure, dass die Abschreibung notwendig wird. Ich bin froh, dass wir eine bessere Lösung finden konnten. Finanzrechtlich muss eine Abschreibung gemacht werden, da haben wir keine Wahl. Wir konnten nur entscheiden, ob wir so weitermachen wie bisher oder die Reissleine ziehen. Letzteres war wesentlich klüger. Roger Liebi (SVP) sagte, dass die betriebswirtschaftlichen Überlegungen nun mehr Gewicht erhielten. Dies ist in allen Spitälern so, ausser bei den privaten. Der Kanton hat alle Staatsbeiträge an die Investitionen in Darlehen umgewandelt, die zurückgezahlt und verzinst werden müssen. Dieser Entscheid des Kantons wurde von einem Tag auf den anderen getroffen und spielte für die Investitionen eine Rolle. Bei der Volksabstimmung zum neuen Bettenhaus wurde noch davon ausgegangen, dass die Beiträge des Kantons keine Darlehen darstellen.*

**Felix Moser (Grüne):** *Wir müssen zwar einige Millionen Franken abschreiben, jedoch sparen wir auch Fr. 200 000 000.–. Wir haben in der RPK intensiv über gebundene und nicht-gebundene Ausgaben diskutiert. Die bereits für den Neubau ausgegebenen Fr. 13 000 000.– werden nicht in gebundene und ungebundene Beträge aufgeteilt. Dieser Betrag kann weiterhin gebraucht werden. Die Gelder, die nun abgeschrieben werden sollen, waren für Bau- und Projektierungskosten bestimmt und können nun nicht weiter gebraucht werden. Der ursprüngliche Kredit wurde vom Stadtrat vor sechs oder sieben Jahren in Eigenregie als gebunden definiert. Zwei oder drei Jahre später, nachdem die Regelungen geändert wurden, ist dieser Kredit nicht mehr gebunden und man kann auf ihn verzichten. Die Ausgangslage ist hier speziell. Wir sind froh, dass die Notbremse gezogen wurde.*

**Walter Angst (AL):** *Es ist fragwürdig, wie Fr. 16 000 000.–, die bereits ausgegeben wurden, angeblich wieder aktiviert werden können. Dieser Frage sind wir in der RPK nicht nachgegangen. Vermutlich gibt es dafür eine gute Begründung. Interessanter ist, dass bei gebundenen Ausgaben in der Regel kein Spielraum besteht. Der Stadtrat hat beim Beschluss, die Sanierung am Hauptgebäude durchzuführen, klar gegen seine Kompetenzen verstossen. Es hätte andere Möglichkeiten gegeben, das Haus zu sanieren und einen Grossteil des Geldes nicht auszugeben. Darüber hätte es eine Volksabstimmung geben müssen. Die Fragestellung, welche Kredite gebunden und welche ungebunden sind, müsste man sich auch bei anderen Projekten stellen. Dies betrifft beispielsweise die Alters- und Pflegezentren. Grossausgaben müssen frühzeitig dem Gemeinderat unterbreitet werden.*

**Roger Liebi (SVP):** *Im Hinblick auf die betriebswirtschaftliche Seite habe ich keine grossen Differenzen mit Stadträtin Claudia Nielsen. Wenn man sieht, dass etwas nicht mehr geht, müssen Entscheide gefällt werden. Es geht aber darum, welche Entscheide im Vorfeld gefällt würden. Im Stadtrat muss zusammengearbeitet werden. Bei der Planung muss alles berücksichtigt werden. Die Folgen müssen korrekt abgeschätzt werden können. Auch wenn die Ausführungen von Stadträtin Claudia Nielsen korrekt sind, handelt es sich um einen politischen Entscheid. Wenn von falschen Annahmen ausgegangen wird, dann muss dies als politischer Entscheid betitelt und die Konsequenzen getragen werden. Ich habe Verständnis dafür, dass der Stadtrat nicht zu viele Zinsen an den Kanton zahlen will. Der Stadtrat beschloss jedoch vor einiger Zeit, dass der Pensionskasse*

der Stadt jährlich 4 bis 4,5 % Zinsen gezahlt werden müssen. Es ist nicht fair, dass wir dort nicht den marktüblichen Zins zahlen.

S. 14	<b>30 3035 PG 1</b>	<b>Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtpital Triemli Stationäre Versorgung</b>		
<b>2)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	10 400 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung	0 10 400 000	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Es wurde bereits alles gesagt.

**Andrea Nüssli (SP):** Es gibt keine neuen Argumente. Es geht um dasselbe wie beim letzten Punkt. Die Mehrheit ist für diese Ausgabe.

S. 14	<b>30 3035 PG 2</b>	<b>Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtpital Triemli Ambulante Versorgung</b>		
<b>3)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	3 600 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung	0 3 600 000	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

## Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Es geht um die Produktegruppe 2 im Schul- und Sportdepartement. Die Steuerungsvorgaben dürfen sich nach Ansicht des Stadtrats, mit Ausnahme der Förderungsbeiträge, im Rahmen der Erwartungen entwickeln. Die Förderungsbeiträge werden voraussichtlich um Fr. 2 900 000.– steigen. Dabei wird auch die Defizitgarantie der Leichtathletik-Europameisterschaft berücksichtigt. In verschiedenen Argumenten und Begründungen wurde bereits vorher darauf eingegangen. Diese Kostensteigerung aus dem Defizit heraus kann nicht in dieser Produktegruppe aufgefangen und kompensiert werden. Deshalb wurde dieser Antrag gestellt. Es gibt laufende Verhandlungen, einige grundsätzliche Fragen sind noch offen. Deshalb kann diesem Antrag nicht zugestimmt werden. Es ist nicht tragbar, dass eine Defizitgarantie mit einer Globalbudget-Ergänzung ausbezahlt wird. Auch die Geheimhaltung ist problematisch und abzulehnen. Wir erwarten, dass künftig die Öffentlichkeit und die Medien informiert werden.

**Andrea Nüssli (SP):** Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass diese buchhalterische Veränderung bereits 2014 ausbezahlt werden soll, weil die Abrechnung schon besteht. Andernfalls müsste in der Produktegruppe 2 50 % kompensiert werden, dies ist schlicht nicht möglich.

S. 14	<b>50 5070 PG 2</b>	<b>Schul- und Sportdepartement Sportamt Sportförderung und Beratung</b>		
<b>4)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 483 334	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung	0 2 483 334	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 41 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Trimesterberichte per 31. August 2014 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Jahr 2014 werden mit den Trimesterberichten per 31. August 2014 gemäss der vorstehenden Zusammenstellung unter Ziff. 4 folgende Globalbudget-Ergänzungen genehmigt:

Ordentliche Globalbudget-Ergänzungen	Fr. 16 483 334.–
Total	Fr. 16 483 334.–

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 11. Februar 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

### 703. 2010/442

**Weisung vom 27.10.2010:**

**Anpassung der Aufgabenzuordnung der Departemente sowie von Bestimmungen des Abschnitts Schule und Schulbehörden, Umbenennung eines Departementes; Streichung einer Kompetenzbestimmung Gemeinderat, Änderung der Gemeindeordnung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Gemeindeordnung wird wie folgt geändert:
  - Art. 41 lit. s wird aufgehoben.
  - Art. 58 Abs. 1 Ziffer 3  
Sicherheitsdepartement
  - Art. 67 Das Präsidialdepartement umfasst:
    - a) Wahrung der wirtschafts-, standort- und kulturpolitischen Interessen der Stadt; Wirtschafts-, Standort- und Kulturförderung
    - b) Grundlagen und Strategien für die sozialräumliche Stadtentwicklung

- c) Pflege der Aussenbeziehungen der Stadt Zürich
  - d) Integration der zugezogenen Bevölkerung
  - e) Pflege und Förderung der Literatur, der Musik, der bildenden Künste, des Theaters, des Tanzes und des Films
  - f) Betrieb von eigenen kulturellen Institutionen und Durchführung allgemeiner kultureller Aufgaben
  - g) Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft und der Stadtverwaltung
  - h) Zivilstandswesen
  - i) Bestattungswesen
  - k) Personenmeldewesen
  - l) Statistik
  - m) Archivierung und Dokumentation
  - n) Förderung der unentgeltlichen Rechtsauskunft
- lit. o wird aufgehoben  
lit. p wird aufgehoben

Art. 68 Das Finanzdepartement umfasst:

- a) Zusammenstellung des Aufgaben- und Finanzplans sowie des Voranschlags
  - c) Einschätzung und Bezug der Staats- und allgemeinen Gemeindesteuern gemäss Weisung der Finanzdirektion
  - d) Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuern
  - h) Allgemeine Organisationsfragen und Informatik
  - i) Erwerb, Abgabe, Erstellen und Bewirtschaften von Liegenschaften
  - l) Stadtweite Personalaufgaben
  - m) Risiko- und Versicherungswesen
  - n) Entwicklungshilfe im In- und Ausland sowie Humanitäre Hilfe
  - o) Aufsicht über privatrechtliche Stiftungen und Verwaltung von Fonds und Nachlässen
- lit. p wird aufgehoben

Das Sicherheitsdepartement

Art. 69 Das Sicherheitsdepartement umfasst:

- a) Sicherheits-, Kriminal- und Verkehrspolizei
- b) Gewerbe- und Wirtschaftspolizei
- c) Schiessplatzkontrolle
- d) Feuerpolizei
- e) Feuerwehr
- f) Zivilschutz
- g) Militärisches Kontrollwesen

- h) Rettungsdienst
- k) Wirtschaftliche Landesversorgung
- l) Verkehrsmanagement Strasse

Art. 70 Das Gesundheits- und Umweltdepartement umfasst:

- a) Gesundheitsförderung und -vorsorge
- b) Sozialmedizinische Einrichtungen
- c) Spitalversorgung
- d) Alters- und Pflegeeinrichtungen
- e) Spitexversorgung
- f) Krankenversicherung
- g) Koordination und Vollzug in den Bereichen Umweltschutz und nachfrage-seitige Energiepolitik, Hygiene-, Lebensmittel-, Behindertengleichstellungs- und Arbeitsrecht
- h) Betrieb öffentlicher Toiletten

lit. i wird aufgehoben

lit. k wird aufgehoben

lit. l wird aufgehoben

lit. m wird aufgehoben

lit. q wird aufgehoben

lit. s wird aufgehoben

lit. t wird aufgehoben

lit. u wird aufgehoben

Art. 72 Das Hochbaudepartement umfasst:

- a) Grundlagen für die stadträumliche Entwicklung, Siedlungsplan, Plan der öffentlichen Bauten, Nutzungs- und Quartierplanung
- b) Erstellen von Hochbauten
- c) Bereitstellen und Bewirtschaften von Liegenschaften und Infrastruktur (Verwaltungsvermögen)
- d) Archäologie, Denkmalpflege und baugeschichtliche Archivierung
- e) baurechtliche Entscheide und Baukontrolle

lit. f wird aufgehoben

lit. g wird aufgehoben

lit. h wird aufgehoben

lit. i wird aufgehoben

Art. 74 Das Schul- und Sportdepartement umfasst:

- c) Schulärztlicher, Schulzahnärztlicher und Schulpsychologischer Dienst
- d) Förderung des Sports und Betrieb der Sport- und Badeanlagen
- g) Förderung der Erwachsenenbildung

Art. 75 Das Sozialdepartement umfasst:

- a) persönliche und wirtschaftliche Hilfe
- b) Ausrichtung von Zusatzleistungen zur AHV/IV
- c) Vollzug von Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen
- e) Jugend- und Familienhilfe
- f) Berufs- und Laufbahnberatung
- g) Ausrichtung von Stipendien
- i) soziale und berufliche Integration
- k) Bevorschussung und Inkasso von Unterhaltsbeiträgen
- l) Soziokultur
- m) vorschulische Kinderbetreuung
- n) Schulsozialarbeit

Art. 80<sup>bis</sup>

Das Schulwesen umfasst:

- a) obligatorische Volksschule gemäss kantonalem Recht sowie gemeindeeigene Angebote zur Erfüllung oder Ergänzung der Volksschulpflicht
- b) Einrichtungen zur freiwilligen Betreuung und Verpflegung von Volksschülerinnen und Volksschülern
- c) Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung), Jugendmusikschule und weitere gemeindeeigene Schulen mit besonderen Aufgaben.

Art. 80<sup>quinquies</sup> erster Satz

Den obligatorischen Volksschulen mit ihren Betreuungseinrichtungen und den gemeindeeigenen Schulen stehen Schulleitungen vor.

Art. 92

Gegen Beschlüsse der Kreisschulpflegen kann beim Bezirksrat gemäss kantonalem Recht Rekurs eingelegt werden.

Art. 94 Abs. 2 lit. b

Erlass von Ausführungs- und Vollzugsbestimmungen über das Volksschul- und Betreuungswesen im Rahmen des kantonalen Rechts und der Erlasse des Gemeinderates.

Art. 94 Abs. 2 lit. d

Erstattung des Geschäftsberichts über die Volksschule zuhanden des Gemeinderates.

Art. 94 Abs. 2 lit. f wird aufgehoben.

Art. 100

Die Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien für die Volksschule gemäss Art. 80<sup>bis</sup> lit. a werden unentgeltlich abgegeben.

Art. 101 Ziff. 1

Schulkommission für die Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung)

2. Der Stadtrat setzt diese Gemeindeordnungsänderung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag:

**Michael Schmid (FDP):** *Dieses Geschäft hat eine lange Vorberatung in der Kommission und eine lange Vorgeschichte hinter sich. Im Jahr 2000 führte der Stadtrat eine kleine Verwaltungsreorganisation durch. Es wurden verschiedene Aufgaben neu zusammengefasst und auf die Departemente aufgeteilt. Der Stadtrat unterliess es damals, dem Gemeinderat die entsprechenden Anpassungen in der Gemeindeordnung vorzulegen. Erst mit dem Wunsch, das Polizeidepartement in Sicherheitsdepartement umzubenennen, wurden die entsprechenden Änderungen beantragt. Es geht in den relevanten Bestimmungen nicht um die materielle Festlegung von Gemeindeaufgaben, sondern ausschliesslich um eine organisatorische Zuordnung der Aufgaben zu den einzelnen Departementen. Wenn eine Aufgabe nicht genannt wird, dann bedeutet dies keine Privatisierung. Käme eine Aufgabe hinzu, entstünden daraus keine zusätzlichen Kosten oder Zuständigkeiten. Diese Frage haben wir in der Kommission mehrfach diskutiert. So, wie die Weisung vom Stadtrat beantragt ist, beschränkt sie sich auf die Nachführung der bestehenden Verwaltungsorganisation. Die einzige praktische Auswirkung ist die Umbenennung des Polizei- ins Sicherheitsdepartement. In der Weisung werden auch Änderungen im übergeordneten, beziehungsweise kommunalen Recht übernommen. Dabei geht es um die Aufhebung der gemeinderätlichen Kompetenz zur Erteilung von Bewilligungen zur Installation von Kabelnetzen auf öffentlichem Grund. Das eidgenössische Fernmeldegesetz räumt in dieser Frage keinen Ermessensspielraum ein. Weitere Änderungen betreffen die Schulen und Schulbehörden, so beispielsweise die Aufhebung der Bezirksschulpflege als Rekursinstanz. Die Mehrheit stellt einen Rückweisungsantrag. Der Stadtrat beantragt die Aufgabenzuteilung auf die einzelnen Departemente in der Gemeindeordnung zu regeln. Im revidierten kantonalen Gemeindegesetz ist vorgesehen, dass diese Kompetenz in die Zuständigkeit des Stadtrats fällt. Die Beratung des Gemeindegesetzes ist zwar noch nicht abgeschlossen. Der Kantonsrat hat am Dienstag vor einer Woche einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Kompetenzverschiebung auf die Exekutive ist beschlossen. Vor diesem Hintergrund eine Revision der Gemeindeordnung mit Volksabstimmung anzustreben, erscheint uns nicht zielführend. Wenn man die Angelegenheit materiell anschaut, besteht keine Dringlichkeit. Die Verwaltung funktioniert. Der bisherige Verwaltungsaufwand ist nicht vergeblich.*

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag:

**Christine Seidler (SP):** *Die Minderheit der Kommission beantragt die Zustimmung zu dieser Weisung. Mit manchen erwähnten Aspekten bin ich einverstanden. Diese Weisung löst nicht das Gesamtproblem. Das Gemeindegesetz befindet sich in Revision. Deshalb kann man sich fragen, ob eine Behandlung der Weisung sinnvoll ist. Aus unserer Sicht soll eine Verfassung auch eine Realität abbilden. Diesem Umstand ist Rechnung zu tragen. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, aufzuräumen und vorbereitet zu sein, wenn das neue Gemeindegesetz kommt.*



Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Dieses Eintreten ist nicht unbestritten. Unser Nicht-Eintretensantrag ist untergegangen. Der Umstand, dass wir einen Nicht-Eintretensantrag stellen wollten, lässt sich dadurch begründen, dass diese Weisung überflüssig ist. Dies wurde bereits von Michael Schmid (FDP) dargelegt. Es gibt wahrscheinlich einzelne Punkte, die vorschnell geregelt werden sollen. Wenn bereits jetzt auf Gemeindeebene darüber gesprochen wird, dann – so die Hoffnung – könnte sich das auf Kantons Ebene weiterführen lassen. Ich möchte nicht in die Details gehen, möchte jedoch diese indirekte Strategie an einem anderen Beispiel darlegen. Wenn man sich anschaut, wie bissig die Linken auf die Aufhebung des Mindestkurses reagierten, muss man sich fragen, warum das so ist. Auch hier steckt eine indirekte Strategie dahinter. Je länger damit gewartet würde, umso geringer wäre die Wahrscheinlichkeit, dass der Franken gegenüber dem Euro hätte freigegeben werden können. Dies würde zum schleichenden Beitritt führen. In einer Arena-Sendung wurde gesagt, dass der Schweizer Franken überflüssig ist und eigentlich der Euro eingeführt werden müsste. Auch hier handelt es sich um eine solche indirekte Strategie. Wir müssen diese Weisung zurückweisen.

**Nina Fehr Düsel (SVP):** Ich möchte an das Votum von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) anschliessen und beantrage die Rückweisung der Weisung. Dies betrifft insbesondere die Änderung betreffend des Polizeidepartements. Wir sind klar dafür, dass die Namensänderung nicht vollzogen werden soll. Das Departement betrifft das Polizeiwesen, weshalb es weiterhin so genannt werden sollte.

**Mauro Tuena (SVP):** Es ist überraschend, dass diese Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt abgeschlossen werden musste. Es ist absehbar, dass das Gemeindegesetz im Kantonsrat beschlossen wird. Der Tagesanzeiger und der Blick an Abend haben Recht, wenn sie bei Stadtrat Richard Wolff Umtaufitis diagnostizieren. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt in der Detaildebatte darauf eingehen. Ansonsten gibt es keine Gründe, weshalb diese Weisung jetzt durchgebracht werden muss. Stadtrat Richard Wolff unterstützte den Kompromissantrag nicht, demzufolge das Departement in Polizei- und Sicherheitsdepartement umgetauft werden soll. Wegen dieser Umbenennung ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend, eine Volksabstimmung anzustreben. Nach der abschliessenden Abstimmung zum Gemeindegesetz wird es Änderungen in der Gemeindeordnung und damit eine weitere Volksabstimmung geben.

**Christine Seidler (SP):** Das Gemeindegesetz wird erst 2022 kommen. Es ist eine Tatsache, dass es Verschiebungen im Bereich der Departemente gab. Es ist eine Realität, dass wir neue gesetzliche Aufgaben bekommen haben. Es geht darum, aufzuräumen.

**Michael Schmid (FDP):** Die Weisung wurde in der Kommission zum jetzigen Zeitpunkt abgeschlossen, da keine Fraktion gegen einen Abschluss opponierte. Wir gingen davon aus, dass alle Entscheidungsgrundlagen auf dem Tisch liegen. Der Stadtrat machte seit drei Jahren Druck und forderte, dass wir abschliessen. Solange die Entscheidungsgrundlagen nicht vorhanden und einige Fragen offen waren, konnten wir nicht abschliessen.

**Niklaus Scherr (AL):** Diese Weisung ist etwas älter als vier Jahre. Bereits damals handelte es sich um einen Nachvollzug einer Reorganisation, die durch den Stadtrat vorgenommen wurde. Ich möchte etwas zur Interpretation von Michael Schmid (FDP) sagen. Der Streit, den wir im Jahr 2000 bei der kleinen Revision mit den Grünen in der gemeinsamen Fraktion austrugen, hatte primär damit zu tun, dass das Arbeitsamt plötzlich aufgehoben wurde. Wir waren der Ansicht, dass in der Gemeindeordnung ein Arbeitsamt erwähnt ist und dieses nicht vom Stadtrat in eigener Kompetenz aufgehoben werden

*kann. Deshalb gehe ich davon aus, dass es auch jetzt nicht nur um organisatorische Zuordnungen geht, sondern auch um den Ausdruck von Gemeindeaufgaben. Bis 2010 lebten wir in einem tendenziell illegalen Zustand. Der Umstand, dass diese Weisung weitere vier Jahre bei der GPK verbrachte, zeigt, dass die Stadt deswegen noch immer nicht unterging. Wir haben tatsächlich ein Gemeindegesetz, bei dem die erste Lesung abgeschlossen ist. Im Bereich der Finanzkompetenz und bei schulischen Belangen wird es zu Änderungen kommen, die uns weitere Anpassungen aufzwingen werden. Der Entwurf des Gemeindegesetzes ist sehr bürokratisch gegenüber den Gemeinden. Die Bestimmung, derzufolge der Stadtrat die Aufgaben unter sich aufteilen kann, wurde von der Mehrheit der Kommission abgelehnt. Die Umbenennung des Polizei- zum Sicherheitsdepartement ist eine modische Erscheinung. Die soziale Sicherheit wurde dem Polizeivorsteher übertragen. Dadurch wurde der Kompetenzbereich erweitert. Bei diversen Departementen wurden die Aufgabenbereiche ausgeweitet und dadurch auch aufgeweicht. Wir müssen darauf achten, dass die Abkürzungen nachvollziehbar bleiben.*

**Karin Weyermann (CVP):** *Die CVP wird den Rückweisungsantrag unterstützen, da sich das Gemeindegesetz in Beratung befindet. Wir sind der Ansicht, dass nichts passieren wird, wenn die Änderungen über zwei oder drei Jahre nicht vollzogen sein werden. Wir leben schon sehr lange damit, dass die Gemeindeordnung den aktuellen Zustand nicht abbildet. Das Sicherheitsdepartement stört uns aber nicht. Wir befürworten diese Namensänderung.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Wir haben den Antrag gestellt, der sich mit dem Rückweisungsantrag deckt. Es ist sinnlos, diese Weisung abzuschliessen, solange das Gemeindegesetz noch nicht steht. Seitens der SP soll diese Änderung durchgezwungen werden. Dies kritisiere ich. Wenn der Kantonsrat bereits die erste Lesung abgeschlossen hat, ist es wahrscheinlich, dass das Gemeindegesetz vor 2022 kommt. Alle wussten, wann die Behandlung im Kantonsrat stattfindet. Dennoch wurde gefordert, dieses Geschäft bereits jetzt zu behandeln.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Es ist nicht so, dass Mitglieder des Stadtrats in jüngster Zeit Druck gemacht hätten. Diese Angelegenheit zieht sich seit bereits vier Jahren hin. Wir hätten dieses Geschäft bereits vor drei Jahren behandeln können, so dass sich die Fragen im Zusammenhang mit dem Gemeindegesetz nicht gestellt hätten. Unsere Regeln bringen es mit sich, dass manchmal Abstimmungen durchgeführt werden müssen, auch wenn es sich um ausschliesslich formale Angelegenheiten handelt. Es gibt gute Gründe für die Nachführung der Gemeindeordnung. Es kann durchaus bis 2022 dauern, bis das Gemeindegesetz umgesetzt wird. Wahrscheinlich wird es am 1.1.2018 in Kraft treten, dann haben die Gemeinden vier Jahre lang Zeit, um ihre Gemeindeordnungen anzupassen. Ich gehe davon aus, dass es in Zürich zu einer Totalrevision kommen wird. Wir werden somit voraussichtlich erst 2022 eine neue Gemeindeordnung haben. Wird die Gemeindeordnung nicht jetzt geändert, werden weitere acht Jahre vergehen, bis Zürich wieder eine korrekte Gemeindeordnung besitzt. Auch jetzt gibt es gute Gründe, das Geschäft abzuschliessen.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Vorlage wird zurückgewiesen mit dem Auftrag eine neue Weisung vorzulegen, wenn die künftigen Rahmenbedingungen gemäss Revision des Gemeindegesetzes (4974, Antrag des Regierungsrats vom 20. März 2013) geklärt sind.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Mehrheit:	Präsident Michael Schmid (FDP), Referent; Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Corinne Schäfli (AL), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Christine Seidler (SP), Referentin; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Maleica Landolt (GLP)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 55 gegen 63 Stimmen ab.

Änderungsanträge zu Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit zu Änderungsantrag zu Art. 58 Abs. 1 Ziffer 3 / in Verbindung mit Art. 69 (Titel)

**Nina Fehr Düsel (SVP):** *Ich möchte auf den Artikel 58 in Verbindung mit Artikel 69 eingehen. Wir möchten, dass die Benennung des Polizeidepartements übernommen und nicht in Sicherheitsdepartement geändert wird. Das Departement betrifft das Polizeiwesen, dies sollte sich auch in der Bezeichnung niederschlagen. Wir beantragen eine Rückbenennung in Polizeidepartement.*

**Maleica Landolt (GLP):** *Die Kommissionsminderheit ist der Ansicht, dass die Umbenennung gemäss Antrag des Stadtrats sinnvoll ist. Es ist sinnvoll den Begriff Polizei durch Sicherheit zu ersetzen, da die Stadtpolizei mittlerweile nur noch eine von vier verschiedenen Dienstabteilungen darstellt. Schutz und Rettung, die Verkehrssicherheit und das Stadtrichteramt sind die übrigen Dienstabteilungen. Der Begriff Sicherheitsdepartement bezeichnet die Aufgabenbereiche viel präziser und ist umfassender. Es gibt bereits Kantone und grössere Städte, die diese Namensänderung schon vollzogen haben.*

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Schmid (FDP):** *Der Stadtrat und die Referentin der Minderheit sagen, dass die Umbenennung die Identifikation der übrigen Dienstabteilungen erheblich fördern würde. Diese Aussage ist bedenklich, da sie impliziert, dass die Identifikation derzeit zu wünschen übrig lässt. Der Hinweis auf die Situation am Flughafen erfolgt auf Seite 3 der Weisung. Im Kanton haben wir eine Sicherheitsdirektion und in der Stadt ein Polizeidepartement. Das Argument, die Umbenennung sei mit Blick über die Stadtgrenzen hinaus zeitgemäss, ist ebenfalls nicht überzeugend. Entscheidend ist, dass die Mehr- und Minderheiten in dieser Frage unterschiedliche Vorstellungen vom Bedeutungsumfang der Begriffe Polizei und Sicherheit haben. Der Begriff Sicherheit geht weit über den heutigen Aufgabenbereich des Departements hinaus. Der Begriff Polizei beinhaltet hingegen den Schutz der Polizeigüter, Schutz von Leben und Gesundheit. Damit sind die Aufgabenbereiche des Departements gut beschrieben.*

**Simon Kälin (Grüne):** *Der neue Begriff Sicherheitsdepartement ist ein sehr passendes Wort. Es geht um Sicherheit im Sinn des staatlichen Gewaltmonopols. Die Umbenennung ist nicht gegen die Polizei gerichtet. Wir sind uns gewohnt, dass wir vom Polizeidepartement sprechen. Schauen wir uns in anderen Gemeinden oder Kantonen um, sehen wir, dass diese Bezeichnung keineswegs selbstverständlich ist. Sicherheitsdepartement*

*ist eine sehr allgemeine Formulierung und umfasst auch Schutz und Rettung. Die Bürgerinnen und Bürger wissen sehr genau, dass es sich um eine wertvolle Dienstleistung handelt. Auch bei der Polizei geht es um Sicherheit im umfassenderen Sinn. Ich kam nach umfangreichen Recherchen zum Schluss, dass es sich beim Sicherheitsdepartement um die bestmögliche Bezeichnung handelt.*

**Dr. Mario Babini (parteilos):** *Auch ich habe einige Überlegungen angestellt. Diese beziehen sich einerseits auf das Verhältnis der Kosten zum Nutzen. Ich sehe hier einen schwer quantifizierbaren Nutzen, der sich vor allem auf den Bereich der Identifikationsmöglichkeiten bezieht. Die Kosten hingegen werden erheblich sein, da man Briefköpfe und Vorlagen verändern und Schilder anpassen muss. Ich habe nachgeschaut, was im Synonymwörterbuch unter Sicherheit und Schutz zu finden ist. Dort wird beispielsweise Geborgenheit oder Unversehrtheit angegeben.*

Änderungsantrag zu Art. 58 Abs. 1 Ziffer 3 / in Verbindung mit Art. 69 (Titel)

Die Mehrheit der GPK beantragt folgende Änderung von Art. 58 Abs. 1 Ziffer 3 in Verbindung mit Art. 69:

Polizeidepartement (wie bisher)

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Corinne Schäfli (AL), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Maleica Landolt (GLP), Referentin; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Christine Seidler (SP)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Referentin Mehrheit; Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 50 gegen 67 Stimmen ab.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten zu Änderungsantrag zu Art. 59 in Verbindung mit Art. 67–75

**Christine Seidler (SP):** *Die Minderheit schlägt vor, die Aufteilung der Geschäftszweige der Departemente in einer Verordnung zu regeln. Inhaltlich ist dies zwar nachvollziehbar, allerdings ist es nicht zweckdienlich die Gemeindeordnung jetzt zu revidieren, da das neue Gemeindegesetz noch nicht rechtskräftig ist. In diesem Sinn finden wir den Zeitpunkt falsch. Es lohnt sich abzuwarten, bis Klarheit besteht, ob die Verordnung von der Exekutive geregelt wird oder ob es zu Änderungen kommen wird.*

**Michael Schmid (FDP):** *Die GPK hat bereits anfangs 2011 festgestellt, dass die Zuordnung der Aufgaben auf die einzelnen Departemente in der Gemeindeordnung inzwischen eine Einzigartigkeit der Stadt darstellt. Alle übrigen Gemeinden und der Kanton haben dies über eine Verordnung geregelt. Wir haben festgestellt, dass im Entwurf des Gemeindegesetzes eine derartige Aufteilung der Zuständigkeiten in der Gemeindeordnung nicht mehr vorgesehen ist. Es soll zwingend in den Kompetenzbereich der Exekutive gehören. Diese Erkenntnisse haben die Beratung in der GPK geprägt und wir haben Wege gesucht, um die kantonalen Gegebenheiten berücksichtigen zu können. Der Antrag der Minderheit 1 wird diesem Anspruch gerecht. Der Vorteil unserer Regelung ist, dass sie sowohl unter geltendem Recht funktioniert, als auch unter dem neuen Gemein-*

degesetzt. Ich erlaube mir eine Bemerkung zur Minderheit 2. Wir haben viele Sympathien für diesen Mittelweg, er steht jedoch im Widerspruch zum kantonalen Gemeindegesetz.

Corinne Schäfli (AL) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Änderungsantrag zu Art. 59 in Verbindung mit Art. 67–75

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der GPK beantragt folgende Änderung von Art. 59 und Aufhebung von Art. 67–75:

Art. 59

~~Der Gemeinderat ist berechtigt, die Ausscheidung der Geschäftszweige unter den Departementen zu ändern, sowie neue, von der zuständigen Behörde beschlossene Aufgaben den Departementen zuzuweisen. Die Ausscheidung der Geschäftszweige unter den Departementen wird in einer Verordnung geregelt.~~

Art. 67–75 werden aufgehoben.

Die Minderheit 2 der GPK beantragt folgende Änderung von Art. 59 und Aufhebung von Art. 67–75:

Art. 59

~~Der Gemeinderat ist berechtigt, die Ausscheidung der Geschäftszweige unter den Departementen zu ändern, sowie neue, von der zuständigen Behörde beschlossene Aufgaben den Departementen zuzuweisen. Die Ausscheidung der Geschäftszweige unter den Departementen wird in einer gemeinderätlichen Verordnung geregelt.~~

Art. 67–75 werden aufgehoben.

Mehrheit:	Christine Seidler (SP), Referentin; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Ma-leica Landolt (GLP)
Minderheit 1:	Präsident Michael Schmid (FDP), Referent; Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit 2:	Corinne Schäfli (AL), Referentin
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Corinne Schäfli (AL) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 47 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zu Änderungsantrag zu Art. 67 lit. g:

**Claudia Simon (FDP):** Bei diesem Artikel wollte der Stadtrat die Bezeichnung beibehalten. Man kann sich fragen, ob diese Bezeichnung tatsächlich korrekt ist. Bei der Gleichstellung geht es nicht nur um Männer und Frauen. Wie wir wissen gibt es auch andere Geschlechteridentitäten. Einige Fraktionen waren der Ansicht, dass in der Gemeindeordnung auch andere Menschengruppen explizit erwähnt werden sollen. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Gemeindeordnung schlank bleiben soll. Wir sind nicht der Ansicht, dass alles weiter angereichert werden soll. Unter diesen Umständen müssen aber

*Frauen und Männer auch nicht explizit erwähnt werden. Deshalb machen wir den Vorschlag, dass es «Gleichstellung in der Gesellschaft und in der Stadtverwaltung» heissen soll. Seit März 2013 existiert bei der Fachstelle für Gleichstellung eine Fachstelle LGTBI, die explizit lesbische, schwule, trans-, bi- und intersexuelle Menschen erwähnt. Wir haben dies im Gemeinderat damals besprochen. Im Bereich der Fachstelle für Gleichstellung ist diese Differenzierung wichtig.*

**Urs Helfenstein (SP):** *Meine Vorrednerin ist für eine schlanke Gemeindeordnung. Die jetzige Maxime ist seit 29. November 1989 in Kraft. Die Minderheit der GPK möchte in der Verfassung der Stadt das wiedergeben, was die Fachstelle selbst auf ihrer Homepage angegeben hat. Wir beantragen somit eine Anpassung des Textes in der Gemeindeordnung.*

Änderungsantrag zu Art. 67 lit. g

Die Mehrheit der GPK beantragt folgende Änderung von Art. 67 lit. g:

Förderung der Gleichstellung ~~von Frau und Mann~~ in der Gesellschaft und der Stadtverwaltung

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung von Art. 67 lit. g:

Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentität in der Gesellschaft und der Stadtverwaltung

Mehrheit:	Claudia Simon (FDP), Referentin; Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Maleica Landolt (GLP)
Minderheit:	Urs Helfenstein (SP), Referent; Renate Fischer (SP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	58 Stimmen
Antrag Minderheit	59 Stimmen
Total	<u>117 Stimmen</u>
= absolutes Mehr	59 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit zugestimmt.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zu Änderungsantrag zu Art. 67 lit. o:

**Renate Fischer (SP):** *Es geht um den Projektstab Stadtrat. Der Projektstab Stadtrat geht auf einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2010 zurück und ist zuständig für die departementsübergreifende Projektarbeit bei Grossprojekten. Die GPK wies damals darauf hin, dass der Projektstab aus rechtlichen Gründen einem Departement zugewiesen*

werden muss. Dies wurde 2011 durchgeführt. Seither ist der Projektstab dem Präsidentialdepartement zugeordnet. Dies sollte auch in der Gemeindeordnung so abgebildet sein. Die Begeisterung für den Projektstab Stadtrat hält sich im Gemeinderat in Grenzen. Er bleibt jedoch unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung bestehen. Wenn jemand der Ansicht ist, dass Aufgaben anders gelöst werden sollten, kann er oder sie einen Vorstoss einreichen. Die Koordination strategisch relevanter Projekte mit departementsübergreifendem Charakter wird im Präsidentialdepartement wahrgenommen.

**Corinne Schäfli (AL):** Die Minderheit der GPK ist der Ansicht, dass der Projektstab nicht in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden sollte. Bereits in der Budgetdebatte wurde entschieden, dass der Projektstab Stadtrat nicht mehr über die Mittel für die Umsetzung der Legislaturziele verfügt. Es gibt eine starke Minderheit im Rat, die gegen die Aufrechterhaltung des Projektstabs ist. Bevor diese Diskussion geführt wurde, sollte der Projektstab Stadtrat nicht in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden.

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Schmid (FDP):** Ich möchte kurz die Enthaltung der FDP begründen. Der Antrag der Mehrheit ist systematisch korrekt. Es ist auch auf Interventionen der GPK zurückzuführen, dass der Projektstab Stadtrat einem Departement zugeordnet wurde. Wir wollen mit unserer Enthaltung ein Zeichen setzen und zeigen, dass wir skeptisch in Bezug auf die Entwicklung des Projektstabs sind und bleiben. Wir wollen an den bestehenden Prinzipien der Kollegialbehörde mit Gesamtverantwortung des Stadtrats und am Departementalprinzip mit Federführung eines zuständigen Departements und seiner Vorsteherschaft festhalten. Wir stehen der Vermischung und Verwischung dieser Prinzipien kritisch gegenüber.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Es ist klar, dass Organisationsstrukturen mit Stabsorganisationen dazu neigen, die Verwaltung wachsen zu lassen. Wir sind für eine schlanke Verwaltung und gegen die Änderung.

**Karin Weyermann (CVP):** Wir schliessen uns der FDP an. Der Projektstab existiert und gehört in die Gemeindeordnung. Wir haben uns aber auch kritisch über die Aufgabenbereiche des Projektstabs geäußert und werden diesen in Zukunft kritisch anschauen.

**Roger Liebi (SVP):** Die Haltungen sind eigenartig. Man müsste konsequent sein und berücksichtigen, was beispielsweise in der Budgetdebatte beschlossen wurde. Faktisch wurden dem Projektstab Stadtrat so viele Mittel entzogen, dass er unnötig wurde. Ich verstehe nicht, weshalb dieselben Parteien, die ihm damals die Mittel entzogen, ihn nun in der Gemeindeordnung festhalten wollen. Durch die Enthaltung wird dafür gesorgt, dass er in die Gemeindeordnung gelangt. Wir stehen dazu, dass wir den Projektstab nicht wollen.

**Simon Kälin (Grüne):** Bei der Stadt wird viel gearbeitet, deshalb müssen viele Aufgaben koordiniert werden. Im Artikel steht nichts vom Projektstab. Es geht um die Koordination strategisch relevanter Projekte. Es ist fragwürdig, wie jemand gegen diese Koordination sein kann.

Änderungsantrag zu Art. 67 lit. o

Die Mehrheit der GPK beantragt folgende Änderung von Art. 67 lit. o:

Koordination strategisch relevanter Projekte mit departements- und verwaltungsübergreifendem Charakter

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Renate Fischer (SP), Referentin; Urs Helfenstein (SP), Maleica Landolt (GLP), Christine Seidler (SP)
Minderheit:	Corinne Schäfli (AL), Referentin; Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Enthaltung:	Präsident Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 29 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zu Änderungsantrag zu Art. 68 lit. n:

**Maleica Landolt (GLP):** Die Mehrheit ist der Ansicht, dass der Aufgabenbereich Entwicklungshilfe im In- und Ausland sowie humanitäre Hilfe, die bereits seit einiger Zeit im Finanzdepartement betreut wird, organisatorisch dem Finanzdepartement zugeteilt werden soll. Die Aufgabe basiert auf einem Volksentscheid von 1972. Die Stimmberechtigten haben dem Parlament die Bewilligung erteilt, selbst zu entscheiden, ob es einen Kredit für entwicklungsfördernde Projekte bewilligen will. Seit langem ist diese Aufgabe fester Bestandteil im jährlichen Voranschlag. Fraktionen können im Rahmen der Budgetdebatte ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen und Gelder sprechen. Es ist sinnvoll, diese Aufgabe in der Gemeindeordnung aufzunehmen.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Diese Frage kann auf zwei verschiedenen Ebenen angeschaut werden. Einerseits kann man sich fragen, ob es sich um eine Kernaufgabe der Stadt handelt und andererseits, ob es sich die Stadt leisten kann. Wenn es um Entwicklungshilfe im Inland geht, dann müssen wir uns fragen, ob wir Berggemeinden unterstützen wollen, die im Flachland liegen. Wenn es um Entwicklungshilfe im Ausland geht, kann man klar sagen, dass dies nicht zu den Aufgaben der Stadt gehört. Die Stadt befindet sich in einer schlechten finanziellen Lage und wir können uns dies nicht leisten.

Änderungsantrag zu Art. 68 lit. n

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt Streichung von Art. 68 lit. n.

Mehrheit:	Maleica Landolt (GLP), Referentin; Präsident Michael Schmid (FDP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 21 Stimmen zu.

Kommissionsreferent zu Änderungsantrag zu Art. 69 lit. k:

**Urs Helfenstein (SP):** Wir nehmen hier die Arbeit der Redaktionskommission vorweg. Dasselbe gilt auch für Artikel 80<sup>bis</sup> lit. b.



Änderungsantrag zu Art. 69 lit. k

Die GPK beantragt folgende Änderung von Art. 69 lit. k:

Art. 69 i) Wirtschaftliche Landesversorgung

Zustimmung: Urs Helfenstein (SP), Referent; Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Renate Fischer (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)  
Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 117 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zu Änderungsantrag zu Art. 69 lit. l:

**Christine Seidler (SP):** *Es handelte sich ursprünglich um einen Antrag, mit dem wir der Redaktionskommission die Arbeit erleichtern wollten. Im Verlauf unserer Besprechungen hat sich der Antrag verändert. Es geht um die Ansiedlung des Verkehrsmanagements Strasse, das derzeit im Polizeidepartement angeordnet ist. Die Minderheit der Kommission will diesen Bereich ins Tiefbau- und Entsorgungsdepartement verschieben. Die Mehrheit beantragt, dies im Polizeidepartement zu belassen, da das Verkehrsmanagement verschieden verstanden werden kann. Verkehrsmanagement in der Stadt beinhaltet Bereiche aus den Fachgruppen Verkehrsleitzentrale, Verkehrssteuerung, integrierte Verkehrssysteme und Verkehrsanlagen. Es hat wenig mit konzeptioneller Strassen- und Raumplanung zu tun. Es geht um die Anpassung von Verkehrsanlagen, die Verkehrssicherheit, die Regelung von Lichtsignalanlagen, die Zuständigkeit für technische Betriebe, Verkehrsinfrastruktur, die Infrastruktur von Verkehrsleitsystemen und so weiter. Mir würde davor grauen, wenn ich als Raumplanerin die Wartung von Lichtsignalanlagen durchführen müsste. Aus inhaltlicher Sicht ist es nicht sinnvoll, das Verkehrsmanagement, das sehr technisch ist und auf die Sicherheit abzielt, ins Tiefbau- und Entsorgungsdepartement zu verschieben.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Der Minderheit der Kommission graut davor, was passiert, wenn das Verkehrsmanagement dort bleibt, wo es ist. Das Polizeidepartement haben wir zum Sicherheitsdepartement umbenannt. Deshalb ist es Zeit, das Verkehrsmanagement rechtzeitig zu evakuieren und im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement unterzubringen.*

Weitere Wortmeldung:

**Roger Tognella (FDP):** *Es handelt sich um einen rein politischen Entscheid. Stadtrat Richard Wolff kann nur noch darüber verfügen, was andere Departemente über ihn verfügt haben. Er muss sich um die Papierangelegenheiten kümmern und die anderen arbeiten Materialien aus. Man könnte es in der Dienstabteilung Verkehr ansiedeln, die ein Bestandteil des Polizeidepartements ist. Mit dieser Dienstabteilung wird Verkehrspolitik betrieben. Stattdessen sollten wir Sachprobleme lösen, Verkehrsplanung machen, die Raumplanung unterstützen und die Verkehrsleitzentrale betreiben.*

Änderungsantrag zu Art. 69 lit. l

Die Mehrheit der GPK beantragt folgende Änderung von Art. 69 lit. l:

Art. 69 k) Verkehrsmanagement Strasse

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung von Art. 69 lit. I:

Art. 71 o) Verkehrsmanagement Strasse

Mehrheit:	Christine Seidler (SP), Referentin; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	74 Stimmen
Antrag Minderheit	42 Stimmen
Total	<u>116 Stimmen</u>
= absolutes Mehr	59 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Kommissionsreferentin zu Änderungsantrag zu Art. 75 lit. c:

**Renate Fischer (SP):** Die städtische Bevölkerung hat 2013 der Reorganisation des Kindes- und Erwachsenenschutzes zugestimmt. Die Aufgaben sind dem Sozialdepartement zugeordnet.

Änderungsantrag zu Art. 75 lit. c

Die GPK beantragt folgende Änderung von Art. 75 lit. c:

Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzes

Zustimmung:	Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Urs Helfenstein (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsreferent zu Änderungsantrag zu Art. 80<sup>bis</sup> lit. b:

**Urs Helfenstein (SP):** Hierzu habe ich vorher schon alles gesagt.

Änderungsantrag zu Art. 80<sup>bis</sup> lit. b

Die GPK beantragt folgende Änderung von Art. 80<sup>bis</sup> lit. b:

Einrichtungen zur freiwilligen Betreuung und Verpflegung von Volksschülerinnen und Volksschülern

Zustimmung: Urs Helfenstein (SP), Referent; Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Renate Fischer (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)  
Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsreferentin zu Änderungsantrag zu Art. 80<sup>bis</sup> lit. c:

**Renate Fischer (SP):** *In beiden Artikeln geht es um die Musikschule. Seit der Zusammenführung der Jugendmusikschule und des Konservatoriums lautet die Bezeichnung neu Musikschule Konservatorium Zürich. Der alte Begriff soll ersetzt werden. Die Bezeichnung der Kommission lautet entsprechend Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich.*

Änderungsantrag zu Art. 80<sup>bis</sup> lit. c

Die GPK beantragt folgende Änderung von Art. 80<sup>bis</sup> lit. c:

Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung), Musikschule Konservatorium Zürich und weitere gemeindeeigene Schulen mit besonderen Aufgaben.

Zustimmung: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Urs Helfenstein (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)  
Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag zu Art. 101 Ziff. 2:

Wortmeldung siehe Änderungsantrag zu Art. 80<sup>bis</sup> lit. c.

Änderungsantrag zu Art. 101 Ziff. 2

Die GPK beantragt folgende Änderung von Art. 101 Ziff. 2:

Schulkommission für die Jugendmusikschule  
Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich

Zustimmung: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Urs Helfenstein (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)  
Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 108 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung:

**Christine Seidler (SP):** *Ich bin froh, dass wir dieses Geschäft abschliessen können. Wir haben eine gute Grundlage geschaffen, um in die Geschäfte der Revision des Gemeindegesetzes einsteigen zu können.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *In den letzten Runden ging es nur um redaktionelle Änderungen. Diesen widersetzen wir uns nicht. Diese Weisung ist überflüssig. Es ist klar, dass wir dieser Weisung nicht zustimmen können.*

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die zu ändernden Artikel der Gemeindeordnung sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Art. 41 lit. s wird aufgehoben.

Art. 58 Abs. 1 Ziffer 3

Sicherheitsdepartement

Art. 67 Das Präsidialdepartement umfasst:

- a) Wahrung der wirtschafts-, standort- und kulturpolitischen Interessen der Stadt; Wirtschafts-, Standort- und Kulturförderung
- b) Grundlagen und Strategien für die sozialräumliche Stadtentwicklung
- c) Pflege der Aussenbeziehungen der Stadt Zürich
- d) Integration der zugezogenen Bevölkerung
- e) Pflege und Förderung der Literatur, der Musik, der bildenden Künste, des Theaters, des Tanzes und des Films
- f) Betrieb von eigenen kulturellen Institutionen und Durchführung allgemeiner kultureller Aufgaben
- g) Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentität in der Gesellschaft und der Stadtverwaltung
- h) Zivilstandswesen
- i) Bestattungswesen
- k) Personenmeldewesen
- l) Statistik
- m) Archivierung und Dokumentation

- n) Förderung der unentgeltlichen Rechtsauskunft
- o) Koordination strategisch relevanter Projekte mit departements- und verwaltungsübergreifendem Charakter

lit. p wird aufgehoben

Art. 68 Das Finanzdepartement umfasst:

- a) Zusammenstellung des Aufgaben- und Finanzplans sowie des Voranschlags
- c) Einschätzung und Bezug der Staats- und allgemeinen Gemeindesteuern gemäss Weisung der Finanzdirektion
- d) Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuern
- h) Allgemeine Organisationsfragen und Informatik
- i) Erwerb, Abgabe, Erstellen und Bewirtschaften von Liegenschaften
- l) Stadtweite Personalaufgaben
- m) Risiko- und Versicherungswesen
- n) Entwicklungshilfe im In- und Ausland sowie Humanitäre Hilfe
- o) Aufsicht über privatrechtliche Stiftungen und Verwaltung von Fonds und Nachlässen

lit. p wird aufgehoben

Das Sicherheitsdepartement

Art. 69 Das Sicherheitsdepartement umfasst:

- a) Sicherheits-, Kriminal- und Verkehrspolizei
- b) Gewerbe- und Wirtschaftspolizei
- c) Schiessplatzkontrolle
- d) Feuerpolizei
- e) Feuerwehr
- f) Zivilschutz
- g) Militärisches Kontrollwesen
- h) Rettungsdienst
- i) Wirtschaftliche Landesversorgung
- k) Verkehrsmanagement Strasse

Art. 70 Das Gesundheits- und Umweltdepartement umfasst:

- a) Gesundheitsförderung und -vorsorge
- b) Sozialmedizinische Einrichtungen
- c) Spitalversorgung
- d) Alters- und Pflegeeinrichtungen
- e) Spitexversorgung
- f) Krankenversicherung
- g) Koordination und Vollzug in den Bereichen Umweltschutz und nachfrageseitige Energiepolitik, Hygiene-, Lebensmittel-, Behindertengleichstellungs- und Arbeitsrecht

h) Betrieb öffentlicher Toiletten

lit. i wird aufgehoben

lit. k wird aufgehoben

lit. l wird aufgehoben

lit. m wird aufgehoben

lit. q wird aufgehoben

lit. s wird aufgehoben

lit. t wird aufgehoben

lit. u wird aufgehoben

Art. 72 Das Hochbaudepartement umfasst:

a) Grundlagen für die stadträumliche Entwicklung, Siedlungsplan, Plan der öffentlichen Bauten, Nutzungs- und Quartierplanung

b) Erstellen von Hochbauten

c) Bereitstellen und Bewirtschaften von Liegenschaften und Infrastruktur (Verwaltungsvermögen)

d) Archäologie, Denkmalpflege und baugeschichtliche Archivierung

e) baurechtliche Entscheide und Baukontrolle

lit. f wird aufgehoben

lit. g wird aufgehoben

lit. h wird aufgehoben

lit. i wird aufgehoben

Art. 74 Das Schul- und Sportdepartement umfasst:

c) Schulärztlicher, Schulzahnärztlicher und Schulpsychologischer Dienst

d) Förderung des Sports und Betrieb der Sport- und Badeanlagen

g) Förderung der Erwachsenenbildung

Art. 75 Das Sozialdepartement umfasst:

a) persönliche und wirtschaftliche Hilfe

b) Ausrichtung von Zusatzleistungen zur AHV/IV

c) Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzes

e) Jugend- und Familienhilfe

f) Berufs- und Laufbahnberatung

g) Ausrichtung von Stipendien

i) soziale und berufliche Integration

k) Bevorschussung und Inkasso von Unterhaltsbeiträgen

l) Soziokultur

m) vorschulische Kinderbetreuung

n) Schulsozialarbeit

Art. 80<sup>bis</sup>

Das Schulwesen umfasst:

- a) obligatorische Volksschule gemäss kantonalem Recht sowie gemeindeeigene Angebote zur Erfüllung oder Ergänzung der Volksschulpflicht
- b) Einrichtungen zur freiwilligen Betreuung und Verpflegung von Volksschülerinnen und Volksschülern
- c) Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung), Musikschule Konservatorium Zürich und weitere gemeindeeigene Schulen mit besonderen Aufgaben.

Art. 80<sup>quinquies</sup> erster Satz

Den obligatorischen Volksschulen mit ihren Betreuungseinrichtungen und den gemeindeeigenen Schulen stehen Schulleitungen vor.

Art. 92

Gegen Beschlüsse der Kreisschulpflegen kann beim Bezirksrat gemäss kantonalem Recht Rekurs eingelegt werden.

Art. 94 Abs. 2 lit. b

Erlass von Ausführungs- und Vollzugsbestimmungen über das Volksschul- und Betreuungswesen im Rahmen des kantonalen Rechts und der Erlasse des Gemeinderates.

Art. 94 Abs. 2 lit. d

Erstattung des Geschäftsberichts über die Volksschule zuhanden des Gemeinderates.

Art. 94 Abs. 2 lit. f wird aufgehoben.

Art. 100

Die Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien für die Volksschule gemäss Art. 80<sup>bis</sup> lit. a werden unentgeltlich abgegeben.

Art. 101 Ziff. 1

Schulkommission für die Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung)

Art. 101 Ziff. 2

Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich

Mitteilung an den Stadtrat

**704. 2014/243**

**Interpellation von Christine Seidler (SP) und Linda Bär (SP) vom 09.07.2014: Zentrumslasten der Stadt, Hintergründe zur finanziellen und strukturellen Benachteiligung sowie Möglichkeiten zur besseren Einflussnahme auf kantonaler und nationaler Ebene**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3 vom 7. Januar 2015).

*Christine Seidler (SP) nimmt Stellung: Diese Interpellation warf in den Medien einige Wogen. Diese Anfrage führte dazu, dass wir von der Regenbogenpresse einen Kaktus erhielten. Ich erhielt Morddrohungen, wir erhielten aber auch einen eigenen Blog. Uns*

ging es darum, eine substanzielle, inhaltliche Diskussion führen zu können. Diese Interpellation war ernst gemeint und wurde sorgfältig durch den Stadtrat beantwortet. Das Fazit der Antwort des Stadtrats kann man in drei Punkten zusammenfassen. Die Antwort des Stadtrats räumt ein, dass die grossen Städte in der Schweiz finanziell und strukturell benachteiligt sind. Ein wichtiger Aspekt ist, dass der Stadtrat ebenfalls einräumt, dass die funktionellen Räume und die politische Gliederung in der Schweiz immer stärker auseinanderklaffen. Dem haben wir auch in den Medienantworten Ausdruck verliehen. Wir vermissen die Solidarität mit den Kernstädten in den ländlichen Regionen. Mindestens auf Verwaltungsebene findet gute interkommunale Zusammenarbeit statt. Städte und Gemeinden sprechen sich miteinander ab und nehmen die Anliegen von Zürich ernst. Zum ersten Punkt räumt der Stadtrat ein, dass die strukturellen und finanziellen Nachteile insbesondere auf Bundesebene wegen der föderalen Struktur der Schweiz von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung sind. Die Stadt ist wegen ihrer grossen Bevölkerungszahl in struktureller Hinsicht nicht adäquat vertreten. In finanzieller Hinsicht gibt es diverse Dinge, die ungenügend abgegolten werden. Dies betrifft beispielsweise die Kosten für Infrastrukturanlagen im Verkehr. Auch von Belang sind die kulturellen Kosten, von denen das Umland profitiert. Es war nicht unsere Absicht, einen eigenen Kanton zu gründen. Es geht darum, Grenzen zu überwinden. Vielleicht müssen wir uns unsere demokratischen Grundlagen überlegen oder allenfalls Gemeindefusionen mit Stadt und ländlichen Gemeinden durchführen. Wir wünschen uns ein wenig mehr Gerechtigkeit, so dass die Kernstädte nicht nur die Lasten tragen müssen, sondern auch Freiheiten in ihrer Entwicklung haben und ihre Bedürfnisse befriedigen können. Der Motor des Wirtschaftsstandorts Zürich darf nicht abgewürgt werden. Die Umlandgemeinden profitieren von der wirtschaftlichen Kraft. Wir haben als Wirtschaftsmotor zu wenig Entscheidungsfreiheiten. Der Stadtrat ging kaum auf die Frage nach den Vor- und Nachteilen eines Stadtstaates ein. Relevant wären auch mögliche Gesetzesänderungen oder die Mehrwertabschöpfung mit dem neuen Raumplanungsgesetz. Städte erhalten die Aufgabe zu verdichten, haben aber gleichzeitig keine Möglichkeit zur Mehrwertabschöpfung durch Auf- und Umzonungen. Ich vermisste eine Antwort des Stadtrats bezüglich steuergesetzlicher Fragestellungen, die beispielsweise die Unternehmenssteuerreform III betreffen, in der die Städte massiv benachteiligt werden. Wir werden am Thema dranbleiben und weiterhin kritische Fragen stellen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es wurde gesagt, dass der Stadtrat die Fragen nach einem Halbkanton beziehungsweise einem Stadtstaat nicht ausreichend beantwortet habe. Es handelt sich um einen Fokus der Interpellation. Ich danke dem Stadtrat, dass er eine so klare Antwort erteilte, die für uns fassbar machte, dass das Lamento nicht ganz zutrifft. Es wird immer wieder gesagt, dass die Stadt im Kanton und Bund leide. Der Stadtrat musste zugeben, dass er sehr von seiner derzeitigen Einbindung ins System profitiert. Dieses Lamento wurde zumindest teilweise revidiert. Es ist klar, dass sich die Leute wärmer anziehen müssen, wenn der Kanton die Schrauben etwas anzieht. Der Stadtrat lamentierte nicht in seiner Antwort. Er beklagte nur, dass die Stadt in Bern nicht adäquat politisch vertreten ist und in Bern die politischen Strukturen und Realitäten immer weiter auseinanderklaffen. Hier hört man heraus, dass die Stadt das Heil im Metropolitanismus sucht. Es sollen verschiedene Gemeinden und Metropolitanstädte zusammengefasst werden.

**Michael Schmid (FDP):** Christine Seidler (SP) vermisste konkrete Lösungsansätze. Wir haben etwa eineinhalb Stunden über die Revision der Gemeindeordnung debattiert. Gemäss Artikel 48, Absatz 2 der Gemeindeordnung dürfen keine Mitglieder des Stadtrats



den eidgenössischen Räten angehören. Diese Regelung könnten wir streichen und einen Kandidaten für Bern aufstellen. Wir könnten auch Mitglieder im Kantonsrat zu platzieren versuchen.

**Christine Seidler (SP):** Ich habe durchaus Lösungsansätze. Ich habe darauf hingewiesen, dass das politische Abbild und die räumliche Ordnung auseinanderklaffen. Im Kanton Glarus wurden Gemeinden fusioniert. Ich will keine Grenzen ziehen. Wir könnten starke Metropolitanräume, Agglomerationen und ländliche Gemeinden fusionieren. Diese Debatte muss geführt werden, wir müssen Überlegungen anstellen. Es handelt sich um eine politische Aufgabe. Diese Probleme zeichnen sich ab, wir müssen uns ihrer annehmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Die gestellten Fragen sind berechtigt. Im Vergleich zur gesellschaftlichen und politischen Bedeutung der Städte findet in Bern eine strukturelle Benachteiligung statt. Das strukturelle Ungleichgewicht nimmt immer mehr zu. Ländliche Kantone bekommen im Vergleich zu den wachsenden städtischen Kantonen immer grösseres Gewicht. Wir müssen demokratische Mehrheiten gewinnen können. Das Verständnis für städtische Probleme ist gewachsen. So findet das Tram auf der Hardbrücke deutliche Zustimmung im Kanton. Auch der Lastenausgleich fand im Kanton eine deutliche Zustimmung. Wir konnten unsere Teilnahme und unser Engagement im Städteverband stärken. Wir haben deutlich dargelegt, dass die Schaffung eines Halbkantons mit grossen finanziellen Nachteilen verbunden wäre, auch wenn in der Vergangenheit mit Steuersenkungen und Zusatzbelastungen der Druck auf die Städte immer grösser wurde. Wir sind der Ansicht, dass man Grenzen abbauen sollte. Im funktionalen Raum stimmen die Strukturen mit den effektiven Herausforderungen nicht überein. Wir erachten es als wichtiger, mit unseren Partnern und Partnerinnen zusammenzuarbeiten. Dies kann beispielsweise in der Metropolitantkonferenz, im Städteverband und weiteren Austauschplattformen geschehen.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 705. 2015/43 **Postulat von Petek Altinay (SP) und Christina Hug (Grüne) vom 04.02.2015: Versand der easyvote Abstimmungshilfe an die jungen Stimmberechtigten**

Von Petek Altinay (SP) und Christina Hug (Grüne) ist am 4. Februar 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, die easyvote Abstimmungshilfe regelmässig an alle Stimmberechtigten der Stadt Zürich im Alter zwischen 18 und 25 Jahren senden zu lassen.

Begründung:

Nach wie vor beteiligen sich Jugendliche und junge Erwachsene in der Schweiz weniger stark an Wahlen und Abstimmungen als ihre älteren MitbürgerInnen (in der Stadt Zürich sind es nur ca. 25% der 18 – 25 Jährigen). Zu den Gründen dafür zählt, dass das Wahl- und Abstimmungsprozedere nicht rein intuitiv verständlich ist; zudem ist die in den entsprechenden Unterlagen verwendete Sprache nicht jugendgerecht.

Unser direktdemokratisches System kann nur funktionieren, wenn sich die Menschen für die Politik interessieren und daran beteiligen. Eine Möglichkeit, das politische Interesse der jungen Stimmberechtigten zu fördern, ist laut der CH@Youpart-Studie des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation die Einführung der easyvote Abstimmungshilfe.

easyvote ist ein Projekt des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente. In der easyvote Abstimmungshilfe werden die kantonalen und nationalen Abstimmungsvorlagen auf jeweils zwei A5 Seiten einfach verständlich und politisch neutral erklärt. Hergestellt wird die easyvote Abstimmungshilfe von über 120 ehrenamtlich arbeitenden Jugendlichen. Die Produktion läuft nach einem klar vorgegebenen Prozess ab und basiert auf den offiziellen Abstimmungsunterlagen, so dass die Neutralität der easyvote Abstimmungshilfe jederzeit gewährleistet ist.

Momentan beteiligen sich 253 Gemeinden am Projekt. Dadurch erhalten zurzeit rund 67'000 junge Stimmberechtigte vor den Abstimmungsterminen eine easyvote Abstimmungshilfe direkt nach Hause zugesandt. Eine Evaluation der easyvote Abstimmungshilfe hat ergeben, dass sich die jungen LeserInnen dank der easyvote Abstimmungshilfe tatsächlich motivierter fühlen, abstimmen zu gehen.

Für den Kanton Zürich gibt es seit den Abstimmungen im November 2011 eine kantonale Ausgabe der easyvote Abstimmungshilfe. Insgesamt beteiligen sich momentan 28 Gemeinden aus dem Kanton Zürich am Projekt, so dass die easyvote Abstimmungshilfe bereits an mehr als 9'000 junge Stimmberechtigte gesendet werden kann.

Auch die Stadt Zürich mit der Einführung von easyvote einen Beitrag leisten zur Stärkung der politischen Partizipation der Jungen und damit langfristig zur Stärkung unseres direktdemokratischen Systems.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 706. 2015/44

#### **Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Guido Trevisan (GLP) vom 04.02.2015: Bushaltestelle Bahnhof Hardbrücke, Verbesserung der Situation für die Passagiere und Velofahrenden mit einer Lichtinsel**

Von Markus Knauss (Grüne) und Guido Trevisan (GLP) ist am 4. Februar 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Situation für die Passagiere des öffentlichen Verkehrs und Velofahrende bei den Bushaltestellen Bahnhof Hardbrücke mit einer so genannten Lichtinsel verbessert werden kann.

Begründung:

Die Haltestellensituation bei den Bushaltestelle Bahnhof Hardbrücke ist ein stadtbekanntes Ärgernis. Sie wurde auch am öV-Kongress von VBZ und ETH am 22. Januar 2015 einmal mehr thematisiert und kritisiert. An den sehr stark benutzten Bushaltestellen werden bekanntlich die immer stärker benutzten Velowege zwischen den Kreisen 4 und 5 mitten durch die wartenden Passagiere hindurch geführt. Insbesondere in Spitzenzeiten stören sich sowohl die Velofahrenden als auch die Passagiere des öffentlichen Verkehrs an dieser wenig durchdachten Verkehrsführung.

Zur Zeit bereitet der Stadtrat die Weisung zur Umsetzung der Motion GR-Nr. 2013/119 für einen durchgehenden Veloweg auf der Hardbrücke vor. Unabhängig davon ist aber eine Verbesserung der prekären Situation an der Haltestelle Hardbrücke zu realisieren, da auch nicht damit zu rechnen ist, dass die Veloverbindung zwischen den Kreise 4 und 5 zwischen Eisenbahnviadukt und Güterbahnhofareal schnell realisiert werden kann.

Das Ingenieurbüro, das die Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr bei der Erstellung eines Veloweges über die Hardbrücke beraten hat, hat zur Lösung dieser Situation eine so genannte Lichtinsel vorgeschlagen. Das Konzept, das in der Velostadt Kopenhagen breit akzeptiert wird, sieht im Wesentlichen vor, dass den Velofahrenden eine ungestörte Fahrgasse am äusseren Rand des Wartebereiches vorgegeben wird, solange kein Bus die Haltestelle bedient. Sobald ein Bus aber einfährt, werden die Velofahrenden gestoppt und die ein- und aussteigenden Passagiere haben Vortritt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**707. 2015/45**  
**Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 04.02.2015:**  
**Interkultureller Austausch in der Stadt, Angebote der Stadt und von privaten Institutionen sowie möglicher zusätzlicher Handlungsbedarf**

Von Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 4. Februar 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich zeichnet sich durch einen hohen Grad an Diversität der Stadtbevölkerung aus. Die kulturelle Vielseitigkeit Zürichs bereichert die Stadt und das sich hier zutragende Leben markant. Dennoch leben die vielen Kulturen in Zürich teils neben- und nicht miteinander. Die Förderung von interkulturellem Austausch kann dem entgegenwirken und das Verständnis und die Neugierde für andere Kulturen und Bevölkerungsgruppen fördern.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche von der Stadt Zürich geführten Angebote fördern den interkulturellen Austausch in der Stadt Zürich aktuell? Bitte um Aufschlüsselung in die Bereiche „Sprachkurse“ und „interkulturelle Veranstaltungen“.
2. Welche privaten Institutionen fördern den interkulturellen Austausch in der Stadt Zürich aktuell? Bitte um Aufschlüsselung in die Bereiche „Sprachkurse“ und „interkulturelle Veranstaltungen“.
3. Inwiefern und in welchem finanziellen Umfang werden die genannten Institutionen von der Stadt Zürich unterstützt? In welchem Umfang werden sie von der Bevölkerung genutzt?
4. Wie wird sichergestellt, dass die genannten Angebote allen Bevölkerungsgruppen zugänglich sind?
5. Wie wird der Austausch von Personen mit Migrationshintergrund und Personen schweizerischer Herkunft gefördert?
6. Inwiefern sind die genannten Angebote und Institutionen für Sans-Papiers zugänglich?
7. Wo sieht der Stadtrat konkreten Handlungsbedarf in der Förderung des interkulturellen Austauschs?

Mitteilung an den Stadtrat

**708. 2015/46**  
**Schriftliche Anfrage von Michael Kraft (SP) vom 04.02.2015:**  
**«Öffentlicher Bücherschrank» beim Ausgang der Tramhaltestelle Tierspital, Gründe für die Entfernung des Angebots sowie mögliche Alternativen für weitere Projekte**

Von Michael Kraft (SP) ist am 4. Februar 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In verschiedenen Städten gibt es so genannte "öffentliche Bücherschränke": Einfache Schränke, Regale oder sonstige, allenfalls bereits vorhandene Einrichtungen auf öffentlich zugänglichem Grund, die es ermöglichen, Bücher unkompliziert und informell zu tauschen. Die Benutzerinnen und Benutzer können dort eigene, nicht mehr genutzte Bücher zum Austausch ablegen und gleichzeitig Bücher mitnehmen, die für sie von Interesse sind.

Ein solcher öffentlicher Büchertausch hat sich in den letzten Wochen durch die Eigeninitiative von Anwohnerinnen und Anwohner beim Ausgang der unterirdischen Tramhaltestelle Tierspital entwickelt (Seite Berninastrasse). Er erfreute sich grosser Beliebtheit und kam ohne zusätzliche Einrichtungen aus. Nach mehrwöchigem, problemlosem Austausch soll nun der Büchertausch an diesem von den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen stark frequentierten Ort nicht mehr möglich sein.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche genauen Gründe führten dazu, dass die VBZ bzw. der ZVV einer solchen öffentlichen Randnutzung, die den Betrieb nicht beeinträchtigt und keine zusätzlichen Kosten hervorruft, negativ gegenüberstehen?
2. Wäre der Stadtrat bereit, ein solches Projekt am bisherigen Standort und auf Zusehen (keine Abfall-

- probleme, Vandalismus o.ä.) gewähren zu lassen? Wenn ja, unter welchen Bedingungen (z.B. Begleitgruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern)?
3. Könnte sich der Stadtrat weiter vorstellen, einen öffentlichen Bücherschrank (feste Installation) an einem anderen, stark frequentierten Ort auf öffentlichem Grund und im Quartier Tierspital/Berninaplatz finanziell und/oder anderweitig zu unterstützen?
  4. Wie steht der Stadtrat grundsätzlich zur Idee öffentlicher Bücherschränke?
  5. Unterstützt der Stadtrat die Ansicht, dass solche Projekte den öffentlichen Raum beleben, identitätsstiftend wirken und durch die Eigeninitiative von Anwohnerinnen und Anwohnern das Quartierleben gestärkt wird? Wenn ja, wie können solchen Ideen gute Rahmenbedingungen geboten werden?
  6. Würde es der Stadtrat begrüßen, wenn öffentliche Bücherschränke auch in anderen Quartieren der Stadt Zürich realisiert würden? Würde er solche Vorhaben finanziell und/oder anderweitig unterstützen?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**709. 2014/328**

**Schriftliche Anfrage von Renate Fischer (SP), Eduard Guggenheim (AL) und 4 Mitunterzeichnenden vom 22.10.2014:  
Schulraumpavillon bei der Schule Entlisberg, Prüfung alternativer Standorte**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 78 vom 28. Januar 2015).

**710. 2014/331**

**Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Adrian Gautschi (GLP) vom 22.10.2014:  
Auflagen und Vorschriften für kleinere und mittlere gewerbliche Bäckereien**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 61 vom 21. Januar 2015).

**711. 2014/332**

**Schriftliche Anfrage von Christina Schiller (AL) und Corinne Schäfli (AL) vom 22.10.2014:  
Städtische Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO), Hintergründe zur Überführung der Daten von der Polizeidatenbank (POLIS) in die Milieu-Datenbank (MIDA) sowie Kriterien für die Neuerfassung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 76 vom 28. Januar 2015).

**712. 2014/387**

**Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 26.11.2014:  
Konflikte und Personalfuktuation in der Schule Buhnrain sowie Hintergründe zum Evaluationsbericht 2011**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 62 vom 21. Januar 2015).

- 713. 2014/218**  
**Weisung vom 09.07.2014:**  
**Elektrizitätswerk, Tarif EEA, Rücklieferung aus Energieerzeugungsanlagen, Totalrevision**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2014 ist am 23. Januar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Februar 2015.

- 714. 2014/238**  
**Weisung vom 09.07.2014:**  
**Elektrizitätswerk, Anpassung Netznutzungstarife und Rückvergütungen in der Stadt Zürich, Einführung der optionalen Energiesperrung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2014 ist am 23. Januar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Februar 2015.

- 715. 2014/246**  
**Weisung vom 20.08.2014:**  
**Stadtentwicklung, Stiftung ECAP, Deutschkurse mit Kinderbetreuung («Niveauekurse»), Beiträge 2015–2018; Integrationsförderung, Unterstützung von durch privaten Trägerschaften realisierten Deutschkursen («Sprachförderkredit»), Beiträge 2015–2018**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2014 ist am 23. Januar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Februar 2015.

- 716. 2014/262**  
**Weisung vom 27.08.2014:**  
**Schul- und Sportdepartement, PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Betriebsbeiträge für die Jahre 2015–2017**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2014 ist am 23. Januar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Februar 2015.

- 717. 2014/279**  
**Weisung vom 10.09.2014:**  
**Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung, Büro- und Gewerbehause Albisriederstrasse 199a (Siemens-Areal), Quartier Albisrieden, Übertragung von Nutzflächen per 31. Dezember 2014 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom

17. Dezember 2014 ist am 23. Januar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Februar 2015.

**718. 2014/281**

**Weisung vom 10.09.2014:**

**Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2014 ist am 23. Januar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Februar 2015.

**719. 2014/301**

**Weisung vom 24.09.2014:**

**Schul- und Sportdepartement, Stiftung Zürcher Schülerferien, Betriebsbeiträge 2015–2018**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2014 ist am 23. Januar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Februar 2015.

Nächste Sitzung: 4. März 2015, 17 Uhr.